

Zahnlos in die Zukunft?

Immer weniger Leistungen – immer mehr Beiträge
Eintritt beim Arzt / Abgang fürs Krankengeld

Ein neuer Sozialstaatsstreich!
Wurden bisher insbesondere die Erwerbslosen von Regierung und Arbeitsamt verfolgt, sind nun auch die Beschäftigten und Rentner dran. Ungeschoren bleiben hingegen mal wieder die Pharma- und Ärztelobby. Nachdem Hartz und Co. kläglich gescheitert sind, wird dem Menschen eine Gesundheitsreform als neues Allheilmittel untergejubelt. Dumm nur: Das Haltbarkeitsdatum ist bereits abgelaufen.

Gesundheit war schon immer teuer - nun wird Krankheit zum Luxus. Erwerbslose stehen durch Bewerbungszwang, wiederholte Absagen und ständigen Ärger mit Ämtern und Behörden im Dauerstress. Beschäftigte werden mit dem freundlichen Hinweis auf Entlassung zu unbezahlten Überstunden genötigt. Rentner leiden unter Ausgrenzung und Verarmung. Doch die bisherigen Angriffe auf das gesundheitliche Wohlergehen reichen den notorischen Dauerreformern nicht.

Nach der Agenda 2010 zeigt die x-te sog. Gesundheitsreform nicht nur die Verachtung für die sozial Schwachen, sondern auch die Missachtung von Rentnern und Beschäftigten. Die Älteren, die dieses Land mit Entbehrungen und harter Maloche wiederaufgebaut haben, sollen vor einem JU-Vorsitzenden zu Kreuze kriechen. Hüftgelenke und Hilfsmittel will dieser Jüngling Rentnern vorenthalten.

Erst sollen Beschäftigte trotz gesundheits-schädigender Arbeitsbedingungen Kopf und Kragen riskieren. Wenn sie dann "ausgebrannt" sind, dürfen sie als Dankeschön für Krankenhaus, Massagen, Krücken oder gar den Rollstuhl noch kräftig draufzahlen.

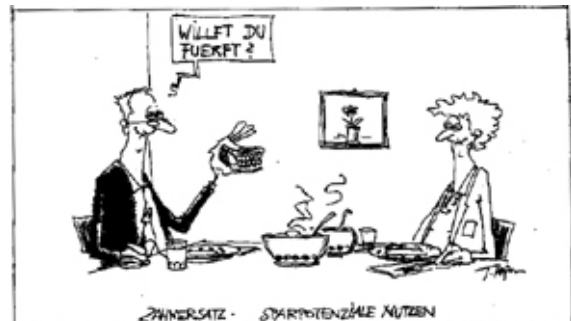
Personalchefs können bereits am Bewerbungsphoto erkennen, ob das letzte Gehalt für Zähne und Brille oder das Krankengeld gereicht hat.

Jeder vernünftige Mensch erkennt angesichts des Scheiterns der sog. (Arbeits-, Renten- und Gesundheits-) Reformen und einer wachsenden Massenarbeitslosigkeit, dass Sozialabbau nicht das richtige Medikament gegen die Krise in unserem Land ist.

Immer mehr Arbeitslosen, Rentnern und Beschäftigten reicht es. Sie fangen an, sich gezielt gegen den immer drastischeren Angriff auf ihren Sozialstaat zu organisieren.

Ein erster Schritt: In der Öffentlichkeit demonstrieren, dass sich Menschen mit und ohne Erwerbsarbeit nicht auseinander dividieren lassen.

Mehr zum Thema Gesundheit und anderen Fragen zur sozialen Gerechtigkeit in der nächsten HALZ ab Ende September. Überall in Hannover.



Aus der Frankfurter Rundschau vom 23. August 03

V.i.S.d.P. und weitere Infos:
Burkhard Hase, Tel. 0511 / 62 08 33
Internet: www.halz.org

Mehr zur Gesundheitsreform auf der Rückseite dieser HALZ-Extra →
© HALZ 2003